

2. Objektkredit für die Umsetzung der kantonalen Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend

Antrag des Regierungsrates vom 29. Mai 2024 und Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 29. Oktober 2024

Vorlage 5920b (*Ausgabenbremse*)

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Ich beginne mit einem kurzen Rückblick zu dieser Vorlage: Der Kantonsrat ist im November 2023 dem Antrag der KSSG beziehungsweise dem damaligen Antrag der Regierung gefolgt und hat die Volksinitiative «Für eine psychisch gesunde Jugend jetzt!» ohne Gegenantrag unterstützt. Der Regierungsrat hat daraufhin eine entsprechende Kreditvorlage ausgearbeitet, welche die KSSG diskutiert und behandelt hat und die Ihnen nun heute vorliegt. An dieser Stelle möchte ich nochmals betonen, dass es sich damals, im November 2023, um eine kleine Premiere handelte: Noch nie wurde eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung sowohl von der Regierung als auch vom Parlament ohne Gegenvorschlag unterstützt. Dies zeigt, dass die Forderung der Initianten sowohl vom Rat als auch von der Regierung als notwendig empfunden wurde und klarer Handlungsbedarf besteht.

Warum dies? Ich habe es damals, im Jahr 2023, bereits gesagt: Laut einer UNICEF-Studie (*Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen*) zur psychischen Gesundheit der Jugend in der Schweiz leidet etwa ein Drittel der 14- bis 19-Jährigen unter psychischen Problemen. Alarmierend ist, dass jeder elfte Jugendliche bereits einen Suizidversuch unternommen hat. Diese besorgniserregenden Ergebnisse werden auch durch die letzte Schweizer Gesundheitsbefragung bestätigt.

Für die konkrete Umsetzung dieser Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend beantragt nun eine Mehrheit der KSSG einen Objektkredit von insgesamt 10,67 Millionen für die Jahre 2026 bis 2029; das sind 5 Millionen mehr als die vom Regierungsrat ursprünglich beantragten 5,67 Millionen Franken zur Umsetzung der Initiative. Wie setzt sich nun dieser ursprünglich von der Regierung beziehungsweise der von der Kommissionmehrheit beantragte Objektkredit genau zusammen? Wie der Regierungsrat sieht auch die KSSG vor allem in der Prävention und in einer möglichst schnellen und niederschweligen psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung der Kinder und Jugendlichen einen Schwerpunkt. Die KSSG hat sich von der Gesundheitsdirektion die laufend und neu geplanten Massnahmen in den Bereichen Versorgung und Prävention vorstellen lassen. Für eine entsprechende Aufstockung und noch breitere und bessere Bekanntmachung der Angebote zur Prävention und Früherkennung im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist knapp 1 Million vorgesehen. Für die neuen Massnahmen im Bereich psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung wiederum werden insgesamt 4,68 Millionen Franken beantragt. Damit soll insbesondere der Ausbau des Krisenabklärungs-, Notfall- und Triage-

Zentrums an der Psychiatrischen Universitätsklinik (*PUK*), der Ausbau von niederschweligen Gruppenangeboten und die Abklärungen in psychiatrischen Spitalambulatorien sowie der Aufbau einer digitalen Plattform «Mental Hub» finanziert werden.

Die Kommissionsmehrheit sieht aber noch weiteren Handlungsbedarf und will den vom Regierungsrat beantragten Objektkredit um 5 Millionen Franken erhöhen und das Geld für die Finanzierung der Weiterbildung von Psychologinnen und Psychologen zu Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten einsetzen; dies analog zur bereits bestehenden Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie durch den Kanton. Die Kommissionsmehrheit will durch die Mitfinanzierung der Weiterbildungskosten dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Damit sollen die Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen im ambulanten und stationären Bereich sichergestellt und die Wartezeiten für ambulante Therapien verkürzt werden. Es ist der Kommissionsmehrheit ein Anliegen, dass die Wirksamkeit dieser zusätzlichen Massnahmen geprüft wird. Die Gesundheitsdirektion soll in einem Bericht darlegen, ob die Finanzierung einen Einfluss auf die Anzahl Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten im Kanton hat. Diese Massnahme soll also die Attraktivität für Psychologinnen und Psychologen steigern, eine Weiterbildung zu dringend benötigten Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten zu starten. Eine kleine Nebenbemerkung: Daneben hat aber sicherlich dann auch ein kostendeckender Tarif einen positiven Einfluss. Ich denke, dieser wird unerlässlich sein.

Eine Kommissionsminderheit aus SVP und FDP zeigt sich mit den bereits laufenden Projekten und von der Regierung geplanten Massnahmen beziehungsweise dem von der Regierung beantragten ursprünglichen Objektkredit von 5,67 Millionen Franken zufrieden. Sie unterstützt die Umsetzungsvorlage der Regierung und spricht sich gegen die Erhöhung des Objektkredits aus.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, den um 5 Millionen erhöhten Objektkredit von insgesamt 10,7 Millionen Franken zuzustimmen. Ich danke der Gesundheitsdirektion und der KSSG für die gute Diskussion und Beratung im Sinne psychisch gesunder Kinder und Jugendlicher im Kanton Zürich. Vielen Dank.

Daniela Rinderknecht (SVP, Wallisellen): Im November 2023 haben wir über die Überweisung der Initiative zur Ausarbeitung eines Vorschlags diskutiert. Wenige Monate später kam bereits der Objektkredit der Gesundheitsdirektorin (*Regierungspräsidentin Natalie Rickli*) in die Kommission. Wir spüren von der GD (*Gesundheitsdirektion*) und dem Regierungsrat, dass die Wichtigkeit erkannt ist und alle versuchen, zusammen weiterzukommen – zugunsten der Jugend des Kantons Zürich.

Die KSSG konnte in diversen Kommissionssitzungen sehen, was im Kanton Zürich bereits gemacht wird und wohin es gehen soll mit weiteren Massnahmen, bestehenden und weiteren Projekten – von der Früherkennung und der Prävention bis zur Erweiterung der Versorgung. Das ist erfreulich. Nicht vergessen werden

dürfen die vielen Projekte, die bereits früher bewilligt wurden, nämlich, als Beispiel, im Jahr 2021 mit dem ersten Massnahmenpaket. Wir konnten sehen, dass der Kanton Zürich in diesem Bereich im Vergleich mit anderen Kantonen bereits viel weiter ist. Wir sind überzeugt, dass sich mit all den Massnahmen die psychische Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen verbessert hat und sie auch noch weiter verbessern wird. Wir stellen fest, dass es in der Volksschule viele niederschwellige Angebote gibt, die aber den Eltern oder der Bevölkerung zum Teil zu wenig bekannt sind oder die die Jugendlichen nicht nutzen. Es wäre wünschenswert, wenn hier die Zusammenarbeit der Direktionen weitergeführt würde. Und dann sind es noch wir, wir alle, wir, die Familien, die Mütter, die Väter, die Menschen, die Bevölkerung des Kantons Zürich, wir alle tragen etwas dazu bei, dass psychische Erkrankungen kein Tabuthema mehr sind und ohne Scham darüber gesprochen werden kann.

Die SVP/EDU-Fraktion bedankt sich bei der Gesundheitsdirektion für die Ausarbeitung des Objektkredits und die daran geknüpften Projekte und unterstützt ihn. Danke schön.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Wir haben es gehört, vor etwas mehr als einem Jahr haben wir die Debatte zur Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt!» geführt. Seither hat sich die Ausgangslage nicht gross verändert. Die SP anerkennt und dankt der Gesundheitsdirektion für ihren Effort, um die psychische Gesundheit unserer Jugend zu verbessern. Die Gesundheits- und auch die Bildungsdirektion haben mehrere gute und wichtige Massnahmen getroffen, um die prekäre Situation der psychischen Gesundheit von Jugendlichen und Kindern zu verbessern. Ich möchte nicht auf alle Einzelheiten dieser Vorlage eingehen, das hat der Kommissionspräsident vorher hervorragend getan. Wichtig erscheint mir aber, daran zu erinnern, dass die prekäre Situation der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen derart offensichtlich ist, dass wir im Kantonsrat dem Regierungsrat vor einem Jahr einstimmig eine Umsetzungsvorlage in Auftrag gegeben haben. Bei dieser Debatte hat auch eine Koalition der Vernunft aus GLP, Mitte, EVP, Grünen, AL, SP und damals noch FDP dem Regierungsrat unter anderem zwei Eckwerte mitgegeben, die er in seiner Umsetzungsvorlage berücksichtigen sollte. Einer davon ist die markante Reduktion der Wartezeiten für ambulante Psychotherapien für Kinder und Jugendliche. Die Wartezeit für eine Therapie beträgt vielerorts über sechs Monate, teilweise sogar bis zu neun Monaten. Die Koalition der Vernunft wollte, dass der Regierungsrat in seiner Vorlage verbindlich dafür sorgt, dass die Wartezeiten auf vier Wochen reduziert werden. Die Gesundheitsdirektion hat in ihrer Umsetzungsvorlage zahlreiche Massnahmen präsentiert. Damit können Wartezeiten für ambulante Therapien ebenfalls reduziert werden, aber gemäss der Gesundheitsdirektion sei es nicht möglich, die Wartezeiten verbindlich auf vier Wochen zu reduzieren. Auch wenn wir vehement der Ansicht sind, dass es das Ziel sein muss, auf vier Wochen zu kommen, anerkennen wir den grossen Effort der Gesundheitsdirektion und haben das Ziel einer verbindlichen Festsetzung ganz im Sinne der Vernunft nun nicht erzwingen wollen.

Die zweite Forderung an den Regierungsrat war jedoch, auch den Fachkräftemangel bei psychologischen Kinder- und Jugendtherapeutinnen zu bekämpfen. Damit die Psychologinnen zu Psychotherapeutinnen im Kinder- und Jugendbereich werden können, müssen sie entsprechende Ausbildungen absolvieren. Der Regierungsrat beteiligt sich mit 25'000 Franken an den Weiterbildungskosten von Ärztinnen zu Kinder- und Jugendpsychiaterinnen – richtigerweise. Das ist richtig und wichtig und dafür danken wir auch. Aber wir haben bereits vor einem Jahr dem Regierungsrat mitgeteilt, dass er sich auch an den Weiterbildungskosten von Psychologinnen zu Kinder- und Jugendtherapeutinnen beteiligen soll, denn diese Weiterbildung ist mit sehr hohen Kosten und Aufwand verbunden. Sie kostet zwischen 50'000 und 70'000 Franken und es müssen viele Stunden einzeln und Supervisionen durchgeführt werden, Therapien und Module zu Wissen und Können. Das hat der Regierungsrat in der Umsetzungsvorlage leider nicht aufgenommen, und das ist nicht akzeptabel. Es ist daran zu erinnern, dass Psychologinnen eine sehr wichtige Rolle insbesondere an den Psychiatrien im Kanton Zürich einnehmen. In einigen psychiatrischen Kliniken arbeiten sogar mehr Psychologinnen als Ärztinnen und leisten extrem wichtige Arbeit. Gerade im Bereich der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche sind Psychologinnen von unschätzbarem Wert und sorgen auch dafür, dass psychische Beschwerden angegangen werden können und sich möglichst nicht chronifizieren. Der Wert der Psychologinnen und wie viel sie auch den Fachkräftemangel der Ärzteschaft auffangen, müsste eigentlich allen bekannt sein. Ich möchte vor allem auch die Mitglieder der Gesundheitskommission daran erinnern, dass wir bei anderen Vorlagen, die wir diskutieren, von den Kliniken immer wieder hören, dass ein Ansatz für die Bekämpfung des Fachkräftemangels bei den Ärztinnen die Anstellung von Psychologinnen ist. Aber auch bei den Psychotherapeutinnen gibt es vor allem im Kinder- und Jugendbereich einen Fachkräftemangel. In wenigen Jahren ist eine Mehrheit der psychologischen Kinder- und Jugendtherapeutinnen im Pensionsalter. Die Aus- und Weiterbildung von Psychologinnen zu Kinder- und Jugendtherapeutinnen ist mit hohen Kosten und Aufwand verbunden, wie wir vorher gehört haben. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass immerhin eine Mehrheit der Koalition der Vernunft auch bei ihrer Entscheidung bleibt, dass – genau wie bei den Ärztinnen – dem Fachkräftemangel durch finanzielle Beteiligung bei der Weiterbildung von Psychologinnen zu Kinder- und Jugendtherapeutinnen begegnet werden muss. Die Kommission hat deshalb bei der Gesundheitsdirektion nachgefragt, was die Kosten wären, wenn man bei Psychologinnen, analog zu den Ärztinnen, 25'000 Franken zur Weiterbildung an den Kliniken bereitstellen würde. Die Gesundheitsdirektion hat ausgerechnet, dass das 5 Millionen Franken kosten würde, was jetzt auch unserem Antrag entspricht. Aufgrund dieser Kosten ist wahrscheinlich die FDP aus der Koalition der Vernunft ausgestiegen, das ist schade, aber eine Mehrheit aus GLP, Mitte, Grünen, AL und SP bleibt jedoch bei dieser Koalition der Vernunft für unsere gesunde Jugend und unterstützt den entsprechenden Antrag. Denn es ist dringend angezeigt, dass auch im Bereich der psychologischen Kinder- und Jugendtherapeutinnen rasch vorwärts gemacht wird, um das dringend notwendige

Angebot auszubauen, dem Fachkräftemangel und auch den demografischen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Nun gibt es Leute, die sagen, das Geld würde einfach in der Buchhaltung der Spitäler verschwinden, deren Buchhaltung verbessern und es werde keine einzige Person ausgebildet. Das weisen wir entschieden zurück. Die Gesundheitsdirektion hat unmissverständlich klargemacht, dass sie im Falle einer Subventionierung der Weiterbildungskosten von Kinder- und Jugendpsychologinnen eine separate Erfassung der Kliniken und eine Berichterstattung an die Gesundheitsdirektion definieren wird. Da die Gesundheitsdirektion ohnehin plant, die Auswirkungen der Erhöhung von Weiterbildungsbeiträgen bei den Ärztinnen drei Jahre nach deren Einführung mit einer Begleitforschung zu untersuchen, kann sie dies auch bei Psychologinnen tun. Wir möchten daher unmissverständlich klarstellen: Die Gelder sind nicht einfach zur Verbesserung der Buchhaltung der Spitäler gedacht, wir wollen Resultate sehen. Wie die Resultate am effizientesten erreicht werden können, soll die Gesundheitsdirektion mit den Kliniken anschauen. Dies kann sein, indem die Gelder an die Kliniken gehen, die dadurch mehr Ausbildungen durchführen, ähnlich wie bei den Ärztinnen, oder aber, indem die Kliniken die Gelder so verwenden, dass Kurskosten für weiterbildende Psychologinnen zu Kinder- und Jugendtherapeutinnen übernommen werden, damit diese weniger Auslagen haben. Die Gesundheitsdirektion hat denn auch auf Nachfrage ausdrücklich bestätigt, dass die Gelder so verwendet werden könnten. In der Umsetzung geben wir keine konkrete Vorgabe, aber wir wollen, dass die Gelder zielgerichtet verwendet werden.

Im Namen der SP danke ich der ganzen Koalition der Vernunft für unsere Jugend, bestehend aus Mitte, GLP, Grünen, AL und EVP, die mit ihren Stimmen heute entscheidend dazu beitragen werden, dass der nach wie vor grosse Behandlungsbedarf für eine gesunde Jugend auch im Bereich von psychologischen Kinder- und Jugendtherapeutinnen angegangen werden kann. Ein ganz besonderer Dank auch an die Initiantinnen und Initianten dieser extrem wichtigen Initiative, allen voran Benedikt Schmid als Präsident dieser Initiative. Ohne euren unermüdlichen Einsatz für dieses extrem wichtige Thema wären wir heute nicht, wo wir heute sind, und dafür ganz speziellen Dank an die Initiantinnen und Initianten. Stimmen Sie dem Mehrheitsantrag zu.

Reto Agosti (FDP, Küsnacht): Ich hoffe, meine Stimme hält durch (*der Votant ist sehr heiser*). Ich bin ein Mitglied der anderen Koalition der Vernunft. Die psychische Gesundheit unserer Jugend leidet, und dies wissen wir natürlich, und leider auch in zunehmendem Mass; das zeigt die tägliche Arbeit in der psychiatrischen Betreuung junger Menschen, aber auch in der Umfrage von 2022. Nur eine Zahl: 9 Prozent der jungen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren leiden an schweren psychischen und psychiatrischen Problemen. Wir haben einen starken psychiatrischen Fachkräftemangel, und trotzdem werden Notfälle zeitgerecht behandelt. Aber es bestehen weiterhin lange Wartezeiten für die ambulante Behandlung. Im Vergleich zu diesen steigenden Zahlen verschärft sich der psychiatrische Fachkräftemangel, nicht so jedoch der psychologische.

Die GD Zürich ist sich dessen seit langem bewusst. Sie hat zahlreiche Massnahmen getroffen und umgesetzt und auch schon viel bewirkt. Nun fordert die Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt!» – sie müsste eigentlich heissen «Psychisch gesunde Jugend jetzt!» – eine weitere finanzielle Aufstockung um 5,6 Millionen Franken für die Jahre 2026 bis 2029, aufgeteilt in zwei Präventionsmassnahmen und fünf Umsetzungsmassnahmen. Auffallend am Antrag des Regierungsrates ist, dass sie nur 120'000 Franken für die zusätzliche Förderung der Ausbildung der Psychiaterinnen und Psychiater zur Verfügung stellt. Nun will die SP einen Vorstoss für weitere 5 Millionen bewirken, sodass die Gesamtsumme auf 10,6 Millionen Franken kommen wird, und zwar für die psychologische und eben nicht die psychiatrische Ausbildung. Doch auch das würde eben nicht viel bewegen, wenn wir nicht mehr Psychiaterinnen und Psychiater kriegen. Und es geht auf SP-Bundesrat Alain Berset (*Altbundesrat*) zurück, der den Tarif, den Stundentarif für die psychiatrische Betreuung von über 220 Franken pro Stunde auf etwa 185 Franken pro Stunde, also um fast ein Drittel, gekürzt hat. Das macht das Fach sehr unattraktiv. Das ist ja nicht das Einkommen, das ist der Ertrag. Davon muss zum Beispiel noch die Miete für Räumlichkeiten bezahlt werden. Also dieser Einschnitt war sehr markant und das muss eben geändert werden. Und diese Ausbildungen müssen subventioniert werden. Den Antrag auf die zusätzlichen 5 Millionen Franken lehnen wir seitens der FDP ab. Wir unterstützen den Antrag des Regierungsrates vom Oktober 2024.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): «Die Jugend ist uneigennützig im Denken und im Fühlen. Sie denkt und fühlt deshalb die Wahrheit am tiefsten und geizt nicht, wo es kühne Teilnahme an Bekenntnis und Tat gilt», Heinrich Heine (*deutscher Dichter*) hat dies gesagt. Damit der einzelne junge Mensch so unterwegs sein kann, sich entwickeln, sich entfalten, lernen, Beziehungen aufbauen und diese pflegen, einfach ein wichtiger Teil unserer gesamten Gesellschaft sein kann, dafür benötigt ein junger Mensch vor allem Gesundheit, psychische sowie physische. Mit dieser Volksinitiative wird gefordert, dass der Kanton die nötigen Massnahmen trifft, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärker zu fördern und die Verhütung, Früherkennung und Früherfassung psychischer Erkrankungen zu verbessern. Dazu initiiert oder subventioniert er gesundheitsfördernde und präventive Massnahmen und Angebote. Es gilt deutlich anzumerken, dass im Kanton Zürich bereits viel unternommen wird in den Bereichen Versorgung und Prävention. Die Zahl der bereits bestehenden und der neu dazukommenden Angebote ist beeindruckend. Tue Gutes und bitte, sprich darüber, müsste hier gesagt werden. Eine grössere Transparenz und niederschwellige Information sind dringend nötig, sowohl für die jungen Menschen selbst als auch für ihre Eltern. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass bereits getroffene Massnahmen für eine bessere kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung weitergeführt und neue Massnahmen entwickelt und eingeführt werden. Junge Menschen sollen bei Bedarf qualitativ hochstehend und zeitnah behandelt werden können. Stell dir vor, du benötigst dringend eine therapeutische Intervention, aber niemand ist da; doch, vielleicht schon, aber erst in ein paar Monaten. Ein Szenario, welches wir uns

nicht vorstellen möchten, deshalb ist es uns sehr wichtig, dass es genügend gut ausgebildete Kinder- und Jugendtherapeutinnen und -therapeuten gibt. So kann sich jemand nennen, der eine Weiterbildung als Psychologin oder Psychologe absolviert hat. Diese finanzielle Unterstützung dazu ist analog zur bereits bestehenden Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie durch den Kanton. Wie fordern deshalb, dass, wer eine psychiatrische und psychotherapeutische Behandlung benötigt, innert spätestens vier Wochen von einer Fachperson behandelt werden kann. Natürlich wäre noch schneller noch besser. Mit einem Beinbruch wartet man auch nicht vier Wochen für eine Erstbehandlung. Ambulant wie stationär soll die Grundversorgung sichergestellt sein. Auch ist es uns ein Anliegen, dass die Wirksamkeit dieser zusätzlichen Massnahmen überprüft werden soll. Somit sind wir gespannt auf den Bericht der Gesundheitsdirektion, der dann aufzeigt, ob die Finanzierung einen Einfluss auf die Anzahl Kinder- und Jugendtherapeutinnen und -therapeuten im Kanton Zürich hat. Wir nehmen psychische Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen sehr ernst und wollen das Betreuungsangebot deshalb dem Bedarf angepasst sehen. Die GLP-Fraktion stimmt dem Antrag auf Genehmigung eines Kredits von 10,67 Millionen Franken zu.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Bevor ich zum Inhalt komme: Diese Initiative der Jungen Mitte, welche auch von allen Jungparteien unterstützt wurde, stimmt mich sehr zuversichtlich. Diese Initiative ist ein Beispiel, was möglich ist, wenn in Zusammenarbeit und engagiert ein Ziel verfolgt wird. Ich hoffe, viele junge Menschen lassen sich davon inspirieren. Um so etwas in Angriff zu nehmen, braucht es die Überzeugung in die eigene Wirksamkeit. Und damit sind wir schon im Thema, denn die Erfahrung von Selbstwirksamkeit hält uns effektiv psychisch gesund und kann uns sogar heilen.

Mit über 9000 Unterschriften wurde die kantonale Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt!» eingereicht, und wir hier im Kantonsrat leiteten den Auftrag einstimmig an die Regierung weiter, welche die Anregung für eine Umsetzungsvorlage wohlwollend entgegennahm. Der nun vorliegende Katalog an vorgeschlagenen Massnahmen ist wichtig und richtig. Dennoch möchte ich eine kritische Anmerkung machen, vielleicht ist es auch eine Selbstkritik, denn wir hätten allenfalls in der Kommission darauf Einfluss nehmen können: Erneut wird der psychischen Erkrankung vor allem mit psychiatrisch-medizinischen Massnahmen begegnet. Die soziale Dimension wird etwas tangiert, bleibt aber marginal. Es wurde auch wenig darüber gesprochen, was schlussendlich die Gründe für das Ansteigen der psychischen Erkrankungen sind, was wir tun könnten als Gesellschaft, damit zum Beispiel die im Mai 2022 eingeführten Notfall-Teams und die diversen weiteren Angebote zur Unterstützung und Begleitung des AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*) nicht permanent ausgelastet wären. Das haben wir, so glaube ich, noch nicht wirklich erfasst.

Wir Grünen stimmen dem Objektkredit zu – dem ganzen. Gerade auch die Weiterbildung von Personen mit einem psychologischen zu einem psychotherapeutischen Abschluss ist dringend und wichtig. Denn eine Forderung der Initianten war

auch, dass Kinder und Jugendliche, welche psychotherapeutische Behandlung benötigen, diese rasch erhalten. In diesem Zusammenhang habe ich ein Extraanliegen an die Regierung beziehungsweise an die Bildungsdirektion: Alles Wichtige in unserer Entwicklung geschieht, bevor wir 15 Jahre alt sind. Darum sind frühzeitige Behandlungen wirklich effektiv und Kindertherapeutinnen leisten hier einen grossen Beitrag. Wenn nun niederschwellige Angebote, wie die «Arche» für Familien und die Beratungsstelle «Pinocchio», auf Spenden angewiesen sind und darum zum Teil Kinder und Eltern keinen Zugang haben, weil sich der Kanton nicht an der Finanzierung beteiligt, scheint mir dies in der aktuellen Situation irgendwie unangebracht. Das KJHG, also das Kinder- und Jugendhilfegesetz, sieht vor, dass neben dem AJB auch Dritte finanziert werden können. Und die Regierung betonte in ihrem Antrag vom 21. Juni 2023 ebenfalls, dass ein besonderer Fokus auf den Ausbau vorgelagerter niederschwelliger Angebote gelegt werden soll, und setzt dafür 4 Millionen Franken ein. Darum bitte ich die Regierung, die seit Jahren bestehenden Beratungsstellen, wie zum Beispiel «Pinocchio», mit ihren schon heute vorhandenen Kindertherapeutinnen einerseits zu erfassen und andererseits auch für die Kinder und Eltern, welche nicht in der Stadt Zürich wohnen, zugänglich zu machen, indem sie vielleicht finanziell einen Sockelbeitrag sprechen.

Den Initiantinnen ein herzliches Dankeschön für diese wichtige Initiative.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Mitte nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass das Anliegen der Jungen, dieser Initiative anerkannt wird und dass man hüben und drüben bereit ist, in Prävention und Therapie der Jugend zu investieren. Was alles gemacht wird, haben Sie jetzt gehört, das werde ich nicht nochmal aufzählen. Umstritten sind ja die 5 Millionen, die wir draufgeben für die weitere Ausbildung der Jugendpsychologinnen und -psychologen. Man spricht von einer finanziellen Entlastung. Diese ist natürlich nur marginal. Von den 25'000 Franken werden 4000, vielleicht 5000 Franken für Weiterbildung auswärts ausgegeben respektive erhält die Psychologin oder der Psychologe in Ausbildung. Der Rest des Geldes wird dazu verwendet, dass die Weiterbildung an den Institutionen verbessert werden kann. Das heisst, dass die Psychologinnen und Psychologen Zeit erhalten, sich weiterzubilden, zum Beispiel in strukturierten Weiterbildungen wie die Assistenten. Es ist deshalb zu hoffen oder zu erwarten, dass durch diesen Beitrag die Qualität der Ausbildung der Jugendpsychologinnen und -psychologen verbessert wird. Mit diesen 5 Millionen Franken können pro Jahr, wenn ich es richtig gerechnet habe, 40 Stellen mitfinanziert werden. Ich hoffe, dass die Personen, die diese Weiterbildungen absolvieren, dann auch tatsächlich im Beruf für die Jugendlichen zur Verfügung stehen, und nicht, wie es bei den Ärzten leider vorkommt, aus dem Beruf aussteigen.

Die Mitte wird den Kredit respektive den Antrag der Kommission unterstützen.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die Umsetzungsvorlage «Psychisch gesunde Jugend jetzt!» adressiert das Thema, das aktueller und dringender nicht sein

könnte. Besten Dank auch unsererseits für die Volksinitiative. Die psychische Gesundheit unserer Jugend ist essenziell, nicht nur für ihr persönliches Wohl, sondern auch für die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Zahlen sind alarmierend. Immer mehr Jugendliche leiden unter Stress, Angststörungen und Depressionen. Der Druck durch die Schule, soziale Medien und gesellschaftliche Erwartungen hat ein Ausmass erreicht, das viele überfordert. Gleichzeitig fehlt es oft an niederschweligen Hilfsangeboten und Präventionsprogrammen, die Jugendliche frühzeitig unterstützen können. Genau hier setzt die Vorlage an. Sie stärkt die Prävention, indem sie den Schulen und Familien konkrete Werkzeuge an die Hand gibt. Sie sorgt für einen Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten und schafft Bewusstsein für die Wichtigkeit psychischer Gesundheit ohne Stigmatisierung.

Investitionen in die psychische Gesundheit unserer Jugend sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft. Wenn wir jungen Menschen ermöglichen, psychisch gestärkt und resilient aufzuwachsen, sparen wir langfristig nicht nur immense gesellschaftliche Kosten, sondern – und das ist zentral – wir fördern eine Generation, die kreativ, leistungsfähig und sozial kompetent ist. Ich bitte Sie daher, diese Vorlage zu unterstützen, auch die zusätzlichen 5 Millionen Franken für die strukturelle Weiterbildungsförderung von Psychologinnen und Psychologen – im Interesse unserer Jugendlichen und im Interesse unseres gesamten Kantons. Besten Dank.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Auch die Alternative Liste möchte sich als Erstes bei der Gesundheitsdirektion für die Ausarbeitung der Umsetzungsvorlage bedanken, wie auch für die geschnürten Massnahmepakete, die bereits vor Einreichung der Volksinitiative im Rahmen des kantonalen Aktionsprogramms für Kinder und Jugendliche und des Legislatorschwerpunkts 2019/2023 umgesetzt wurden. Letztere haben vor allem in der stationären Versorgung Entschärfung geboten, sodass zum Beispiel weniger Fehlplatzierungen von Jugendlichen in der Erwachsenenpsychiatrie vonnöten waren. Bei der Überweisung dieses Geschäfts habe ich angemerkt, dass die Alternative Liste zwei wichtige Handlungsfelder sieht, die insbesondere im Fokus stehen sollten: einerseits den Bereich der Prävention und Früherkennung und andererseits den Fachkräftemangel im kinder- und jugendtherapeutischen Bereich. Die Früherkennung und Prävention finden wir in der Umsetzungsvorlage abgebildet, sei es durch die angestrebte Verbesserung der interdisziplinären Vernetzung, die mitunter vorsieht, die Schulsozialarbeitenden und den Schulpsychologischen Dienst stärker miteinzubeziehen – hier sehe ich persönlich eine sehr wertvolle Ressource, die flächendeckend besser genutzt werden kann – oder das Breiter-Bekanntmachen von bereits bestehenden Präventions- und Beratungsangeboten. Denn was nützen Angebote, die niemand kennt? Auch die Aufnahme einer Angebotsübersicht in die geplante digitale Plattform «Mental Hub» sowie den Ausbau des Krisenabklärungs-, Notfall- und Triage-Zentrums, KANT, erachtet die Alternative Liste als zielführend. Die Einführung der Schulsozialarbeit auf Sekundarstufe II, die wir am kommenden Montag in der zweiten Lesung verabschieden werden (*Vorlage 5935*), ist ebenfalls ein wichtiges

Puzzleteil, denn genau in diesem Alter durchleben die Jugendlichen die Achterbahn der Teenagerzeit.

Anders sieht es nun jedoch aus bei der Erfüllung des zweitgenannten Handlungsfeldes, bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im kinder- und jugendtherapeutischen Bereich. Hier wird die Alternative Liste für die Mitfinanzierung der Weiterbildungskosten, also für die Erhöhung des Objektkredites, stimmen. Die Bevölkerung wächst, und auch die psychischen Belastungen sind in den letzten Jahren gestiegen, vermehrt auch bei jungen Menschen. Dies bestätigen mitunter die schweizerische Gesundheitsbefragung – sie wurde bereits genannt – aus dem Jahr 2022 oder die UNICEF-Studie aus dem Jahr 2021. Die Zahlen, die wir daraus lesen, sind alarmierend. Demgegenüber steht die Altersstruktur der Zürcher Kinder- und Jugendpsychologinnen, sie ist noch prekärer als die der Hausärztinnen. Mit einem Durchschnittsalter von 60 Jahren ist klar, dass sich die Situation weiter zuspitzt und so auch die Wartezeiten. Können wir das nicht abwenden, befeuern wir den Teufelskreis. Es kann nicht Ziel sein, fortlaufend neue Klinikplätze zu schaffen. Es ist wichtig, dass neben dem rechtzeitigen Erkennen auch genügend ambulante Therapieplätze zur Verfügung stehen und so die Wartezeiten reduziert werden können. Denn lange Wartezeiten führen unweigerlich zu Folgekosten, da es zum Beispiel zu Chronifizierungen, zu Schulabsentismus, zu Suchtthematiken et cetera kommt. Sie führen auch zu massiven Mehrbelastungen der Familien, des sozialen Umfelds, der Schulklassen. Aus Sicht der Alternativen Liste muss in die Attraktivität der Weiterbildung investiert werden. Ein Baustein hierzu ist die Mitfinanzierung der hohen Weiterbildungskosten.

Als Nebenbemerkung hofft die Alternative Liste in diesem Zusammenhang, dass sich der Kanton Zürich zum bestehenden provisorischen Tarif für Leistungen im neuen Anordnungsmodell von Psychotherapeutinnen und -therapeuten bekennt und diesen nicht senkt, wie von Santésuisse (*Krankenkassenverband*) gefordert. Die AL unterstützt den erhöhten Objektkredit. Vielen herzlichen Dank dem Initiativkomitee für seinen unermüdlichen Einsatz für unsere Kinder, für unsere Jugend und für unsere ganze Gesellschaft. Herzlichen Dank.

Tina Deplazes (Die Mitte, Zürich): Ich möchte im Namen des Initiativkomitees der Initiative «Gesunde Jugend jetzt!» der Regierung ganz herzlich für die Umsetzungsvorlage danken. Die von der Regierung gesprochenen 5,67 Millionen Franken sind ein absolut essenzieller Schritt, um die Initiative umzusetzen. Uns als Initiativkomitee war es jedoch immer wichtig, dass auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung des Personals die Situation verbessert wird. Aufgrund der demografischen Veränderungen werden uns in den nächsten Jahren viele Fachkräfte fehlen. Somit reichen die von der Regierung vorgeschlagenen 5,67 Millionen Franken leider nicht aus, um dem Problem wirksam zu begegnen. Die Regierung hat dies beispielsweise bei den Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiatern bereits erkannt und deshalb zu Recht 25'000 Franken für jeden Assistenzarzt, jede Assistenzärztin gesprochen. Doch angesichts der demografischen Herausforderungen und den teilweise immer noch sechs- bis neunmonatigen Wartezeiten braucht es eine gezielte Förderung für die Weiterbildung der psychologischen

Psychotherapeuten, welche bereits heute die Mehrzahl der ambulanten Versorgung ausmachen. Damit dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann, benötigt es die von der KSSG zusätzlich geforderten 5 Millionen Franken für Psychologinnen und Psychologen. Dies ist ein entscheidender Beitrag, um dem Fachkräftemangel und den demografischen Herausforderungen entgegenzuwirken. Ein grosser Teil der Fachkräfte wird in den nächsten Jahren pensioniert. Ein beträchtlicher Teil ist bereits heute über dem Pensionsalter und noch im Arbeitsmarkt aktiv. Somit wird mit den zusätzlichen 5 Millionen Franken sichergestellt, dass die Versorgung auch in den nächsten Jahren gewährleistet ist und dass genügend Personal nachrückt.

Die Mitte wird die Umsetzung genau beobachten, und wir freuen uns, sobald Verbesserungen ersichtlich sind. Wir werden uns weiterhin um das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Kanton Zürich kümmern und uns dafür einsetzen, dass sie bei psychischen Problemen entsprechend unterstützt werden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon): Reto Agersti (*Heiterkeit*), Entschuldigung, Agosti, wir sprechen immer davon, dass wir «ambulant vor stationär» möchten. Und wenn Kinder und Jugendliche nicht sofort behandelt werden, müssen sie sich zuerst verschlechtern, bis sie dann zum Notfall werden. Das widerspricht jeder Logik. Wenn wir das in der Somatik so machen würden, würde zum Beispiel ein hoher Blutdruck erst behandelt werden, wenn der Schlaganfall schon eingetreten ist. Das macht einfach so alles keinen Sinn. Es geht doch darum, die Krankheit frühzeitig zu erkennen und, wenn nötig, eine Therapie einzuleiten. Den Jugendlichen geht es heute sehr schlecht, auch den Erwachsenen häufiger. Aber die Jugendlichen, die das Leben antreten, die eigentlich die Kraft für unsere Gesellschaft einbringen müssten und sollten, sie müssen sich dann durchquälen und leiden monatelang zu Hause, liegen im Bett, belasten die Angehörigen, die Eltern, und niemand weiss, wo Hilfe holen. Es wird auch volkswirtschaftlich so viel vernichtet in dieser Zeit, weil die Angehörigen ihre Arbeitspensen reduzieren müssen, um die Jugendlichen durch diese schwierige Zeit begleiten zu können.

Eine lange Wartezeit bringt nichts, bringt nur eine längere Leidenszeit. Und wenn wir früher therapieren, werden diese Menschen auch früher wieder gesund. Deshalb bitte ich doch noch ein paar von der FDP und SVP, diesem wichtigen Antrag zur Steigerung der Versorgungssicherheit zuzustimmen. Danke.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Ich habe sehr interessiert dieser Debatte zugehört. Es wurde sehr viel über die Metaebene gesprochen und das ist auch richtig und wichtig. Ich möchte Ihnen aber noch ein Beispiel aus der Praxis mit auf den Weg geben. Und dazu meine Interessenbindung: Ich studiere im sechsten Studienjahr Medizin, und es ist ja allgemein bekannt, dass ich noch nicht viel gearbeitet habe in einem Praktikumsjahr. Aber nichtsdestotrotz oder genau deshalb ist es eigentlich bedenklich, wie häufig ich schon in Kontakt mit psychischen Notfällen kam. Dazu ein sinnbildliches Beispiel: Es war auf der Notfallstation in einem Zürcher Listenspital, Dienstagmorgen etwa 7.45 Uhr, da kann eine junge Frau, die

mental zusammengebrochen war. Wir haben sie dann befragt, haben das Organische ausgeschlossen, weil das auf einer Notfallstation halt üblich ist, und ich wurde dann als Praktikant beauftragt, einen psychiatrischen Platz zu suchen. Da sie nicht suizidal war – glücklicherweise – war es kein Notfall, aber es wurde vom leitenden Arzt medizinisch indiziert, dass sie, wenn möglich, innerhalb von zwei Wochen psychiatrisch oder psychologisch angebunden werden sollte. Also machte ich mich auf den Weg ins Büro und begann zu telefonieren. «Sechs Wochen Wartezeit», «keinen Platz mehr», «nicht unser Zuständigkeitsgebiet», «keinen Platz mehr», «nicht unser Zuständigkeitsgebiet», «zu weit weg», «keinen Platz mehr», «fünf Wochen Wartezeit» und so weiter, und das stundenlang. Schlussendlich konnten wir es so lösen, dass wir sie für einige Tage krankgeschrieben haben. Sie wurde aufgefordert, sollte es ihr nicht besser gehen, sich wieder bei uns im Notfall zu melden, was eigentlich nicht so eine intelligente Lösung war, und beim Kinderarzt/Hausarzt vorstellig zu werden.

Ich bitte Sie deshalb, dem Kommissionsmehrheitsantrag zu folgen, und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Wir können mit mehr Geld nicht alle Probleme lösen. Wir machen mit mehr Geld einfach mehr Symptombekämpfung und keine Ursachenbekämpfung. Denn wir haben das ja in der Kommission auch angeschaut mit den Initianten und wir waren uns einig, dass etliche Ursachen eigentlich ein gesellschaftliches Problem sind. Und wir müssen dort hinschauen und diese gesellschaftlichen Probleme lösen. Wir können 100 Millionen in dieses System buttern, wir werden nicht weniger Jugendliche mit psychischen Problemen haben. Und wir hier auf der bürgerlichen Seite, die jetzt nicht einfach diese 5 Millionen zusätzlich ins System buttern wollen, wir wollen die Ursachen bekämpfen, wir wollen keine Symptompolitik betreiben, und da müssen wir genau hinschauen. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele: Die Werte, die wir heute in der Gesellschaft leben, sind sehr zentral für unsere Jugendlichen, auch dafür, wie es ihnen auch psychisch geht. Da geht es zum Beispiel um das Freizeitverhalten. Wie verbringen unsere Jugendlichen ihre Freizeit? Und wir alle wissen, wie viel Natelkonsum (*Smartphones*), wie viel soziale Medien konsumiert werden, sogar von unserer Generation, und was das mit unserer Psyche macht. Und das ist ein Fakt und da müssen wir hinschauen und dieses Problem müssen wir lösen: der soziale Druck, den diese Natels auslösen, gerade auch an den Schulen. Und darum ist eine Initiative oder das Postulat (*KR-Nr. 240/2024*) eben genau auch wichtig, dass wir die Schulen natelfrei gestalten, einfach als Beispiel dafür, als Möglichkeit dafür, damit wir in Zukunft eine psychisch gesündere Jugend haben werden. Sportaktivitäten sind wichtig. Ich war gestern an einem Hallenfussballturnier. Schauen Sie sich diese Jugendlichen an, schauen Sie sich diese Familien an, die dort sind. Das ist sinnvolle Freizeitgestaltung. Sie macht etwas mit den Körpern der Jugendlichen. Diese Jugendlichen haben eine sinnerfüllte Tätigkeit. Das macht viel für die psychische Gesundheit. Und zum Schluss die Zeit in der Familie, sie ist elementar wichtig. Ich denke, das würden wahrscheinlich die meisten hier drin auch unterstützen. Darum: Legen wir unseren Fokus nicht einfach auf mehr Geld, sondern

legen wir unseren Fokus auf die Ursachenbekämpfung! Und dafür braucht es nicht 5 Millionen mehr Geld, sondern unser Engagement. Danke vielmals.

Reto Agosti (FDP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Ja, liebe Brigitte, ich habe schon viele Versionen meines Namens gehört. Aber dass du mich mit Gerstensaft assoziiert, das ist mir neu, vielleicht nicht ganz abwegig, es gibt ja so viele Apéros (*Heiterkeit*).

Ich möchte noch einen Punkt machen zu Josef Widler und hoffe natürlich, dass ich dich noch umstimmen kann für diese 5 Millionen. Denn in der Kommission hast du ja gesagt, ich lese vor: «Wenn wir die 5 Millionen Franken sprechen, ist das als Studie zu verstehen.» Also ich weiss nicht, wie ernst dir die ganze Sache ist. (*Der Ratspräsident unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsident Jürg Sulser: Herr Agosti, das sind Geschäftsgeheimnisse aus der Kommission, die gehören nicht hierher.

Reto Agosti fährt fort: Ups, Entschuldigung. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch den Dank an die Regierungspräsidentin und ihr Team für die sehr gut ausgearbeitete Vorlage, die sehr differenziert ist, nachholen.

Alan David Sangines (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe jetzt zweimal versucht, zu verstehen, warum die FDP aus der Koalition der Vernunft ausgestiegen ist. Reto Agosti hatte zweimal die Möglichkeit, das zu begründen. Er hat zweimal darauf verzichtet, das materiell zu begründen. Im ersten Votum hat Reto Agosti gesagt, Alain Berset sei schuld, dass wir jetzt so tiefe Tarife hätten, das typische Blame Game, was unserer Jugend überhaupt nichts bringt. Aber ich verstehe die Logik nicht. Ich bin sogar einverstanden mit dir, dass dieser Entscheid von Alain Berset nicht gut war. Ich hoffe, die FDP setzt sich dann aber auch mit all ihren Lobbyistinnen bei der Santésuisse dafür ein, dass die Tarife erhöht und nicht gesenkt werden, wie Santésuisse das sonst fordert. Aber was ich nicht verstehe an dieser Logik: Du sagst, die Psychologinnen und Psychologen kriegen zu wenig Tarife, das sei das Problem. Aber wo ist dann die Logik, wenn die Weiterbildung diese Menschen bis zu 50'000 bis 70'000 Franken kostet? Sie kriegen tiefe Tarife, und du sagst ja, das sei zu wenig. Und dann sollen wir gleich gar nichts geben, weil der andere zu wenig gibt – wo ist da die Logik? Gerade wenn die Tarife zu tief sind, wie sollen sie dann all diese Stunden und Kosten an Weiterbildungen finanzieren? Umso mehr müssen wir schlauer sein als Bundesbern offenbar und sagen: Wir haben jetzt ein Problem, also bezahlen wir doch einen Teil an ihre Weiterbildungskosten. Und deshalb kann ich das wirklich nicht verstehen, wo hier die materielle Argumentation von euch von der FDP ist. Aber ich glaube, dass es vielleicht auch daran liegt, dass eure Vorgängerin in der Kommission, Frau Bettina Balmer (*Altkantonsrätin und jetzige Nationalrätin*) am Kinderspital arbeitet. Sie hat genau diese Sachen erlebt, die auch Benjamin Walder gesagt hat. Und ja, wahrscheinlich hatte sie mehr Praxiseinblick. Schade, dass eure Finanzideologie stärker ist als die Koalition der Vernunft, die wir damals

gemacht haben. Denn die Mittel sind sehr gut investiert, und es ist nicht so, dass das Geld einfach irgendwie in den Spitälern verschwindet, wie Reto Agosti es angedeutet hat, sondern wir haben uns informiert. Wenn man beispielsweise an der Uni Zürich diese Weiterbildung, die Ausbildung zu Kinder- und Jugendpsychologen, Kinder- und Jugendtherapeutinnen, dann können die Module bis zu 25'000 Franken kosten. Es sind Einzel- und Supervisionen nötig à ungefähr 180 Franken, 50 Stunden, 150 Stunden in Kleingruppen-Supervisionen und, und, und. Wenn man einen Weg findet, dass die Sich-Weiterbildenden zum Beispiel nur schon diese Supervisionen nicht selber finanzieren müssen, diese 180 Franken pro Stunde, sondern die Spitäler ihnen das finanzieren, haben wir schon einen grossen Beitrag geleistet. Also nein, so gross ist er nicht, es ist immer noch weniger als die Hälfte, aber immerhin etwas. Wir wären aber auch bereit gewesen, das Geld weiter zu erhöhen, wenn ihr es zu wenig findet, aber das wollt ihr auch nicht.

Und dann zur EDU: Die Ursachenbekämpfung. Ich finde es schon spannend, dass ihr euch auf die Ursachenbekämpfung konzentriert. Und ich bin mit dir einverstanden, die Ursache soll bekämpft werden, aber das Symptom nachher auch, also beides. Du hast gesagt, es werde mit diesem Geld nicht weniger psychisch ungesunde Jugendliche geben. Ja, wie stellst du es dir denn vor, wenn eine Therapie gemacht wird? Wenn jemand, der jetzt Beschwerden hat, in eine Therapie geht, glaubst du nicht daran, dass es ihm danach besser geht? Also dann müssten wir ja die Therapien abschaffen, wenn Therapien gar nichts bringen, sondern nur die Ursache bekämpft wird. Es heisst, das eine tun und das andere nicht lassen. Und bei der Ursachenbekämpfung wäre ich froh, wenn ihr manchmal auch mehr dabei wärt, statt einfach Phrasen zu dreschen im Rat. Denn du hast das Fussballturnier erwähnt. Ja, super, aber die Familien müssen sich das auch leisten können, die Mitgliedschaft in einem Fussballclub oder all diese Sachen. Und wenn es darum geht, Ergänzungsleistungen für arme Familien zu fordern, seid ihr dagegen. Du sagst, man solle mehr Zeit in der Familie verbringen. Wenn es um den Elternurlaub geht, dass auch Väter Urlaub nehmen können, seid ihr vehement dagegen. Das heisst, bei jeder Ursache, die wir irgendwie zu bekämpfen versuchen, seid ihr dagegen. Ihr seid gegen die Ursachenbekämpfung, ausser wenn es schöne Worte sind, und ihr seid gegen die Symptombekämpfung. Also irgendwo müsst ihr euch irgendwann einfach auch mal entscheiden. Von daher könnt ihr getrost diesen 5 Millionen zustimmen. Wir sind weiterhin dabei bei der Ursachenbekämpfung, ihr hoffentlich auch bald. Aber die Symptome müssen wir danach auch bekämpfen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Es muss schneller gehen, das war die Quintessenz, der Grundsatz bei der Umsetzungsvorlage. Es muss schneller gehen. Ich möchte hier den Ablauf zu dieser Volksinitiative in Erinnerung rufen, er wurde bereits ausführlich geschildert. Aber es ist nicht der Normalfall, wie diese Volksinitiative behandelt wurde. Erstmals und ohne Volksabstimmung wurde von der Regierung eine Umsetzungsvorlage vorgeschlagen und vom Kantonsrat überwiesen und somit an die Hand genommen. Wir haben durch dieses Vorgehen eine Zeitersparnis von mindestens einem Jahr erzielt. Und jetzt sind wir an dem Punkt,

wo mit solchen Anträgen, wie die Mehrheit es hier jetzt stipuliert, das Ganze gefährdet wird. Denn Sie wollen einfach mehr Geld ausgeben für ein Projekt, dessen Wirkung Sie nicht kennen, dessen Wirkung Sie erahnen. Aber Sie hoffen einfach. Sie investieren 5 Millionen Franken in das Prinzip Hoffnung.

Die SVP hat schon in der Medienmitteilung vom 30. Juni 2023 geschrieben: «Die SVP prüft die Unterstützung der Volksinitiative.» Die SVP wird die Kostenfolge kritisch begleiten und hinterfragen. Und wir sind hier einig mit der Regierung, dass die Vorlage der Regierung ausreichend ist. Die SVP wird also die zusätzlichen 5 Millionen Franken nicht unterstützen und wir werden auch bei der Ausgabenbremse hier nicht mitmachen, denn neue Ausgaben für ein fragliches Pilotprojekt wollen wir nicht.

Der Wert der Psychologen ist unbestritten und der vorbelastete Begriff der «Koalition der Vernunft» ist ein schwieriger Begriff aus der Stadt Zürich. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Die Erwartungen an Ausbildungsbeiträge sind zu hoch und diese werden, es sei hier nochmals gesagt, den Institutionen, die ausbilden, und nicht den Auszubildenden selbst ausgerichtet. Und in diesem Fall ist es so, dass natürlich in den Institutionen etwas passiert. Den Erfolg werden Sie nicht eins zu eins sehen, das müssen Sie einfach im Hinterkopf behalten.

Mit dem Mehrheitsantrag wird der Bogen überspannt und Sie gefährden die ganze Vorlage und somit eine zeitnahe Umsetzung. Jetzt müssen Sie sich einfach im Klaren sein, was Sie wollen. Wollen Sie jetzt schnell sein oder wollen Sie nicht schnell sein? Und es ist auch klar, dass Sie mit dem Mehrheitsantrag keine zusätzlichen Plätze schaffen, das schaffen Sie auch nicht. Denn Sie investieren in die Ausbildung und damit haben Sie noch keine Plätze geschaffen. Es wird also nicht schneller gehen, und damit ist der Minderheitsantrag die bessere Variante. Sie ist schon klar vorgezeichnet, sie ist erfolgsversprechend und sie kostet noch weniger.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte einfach Alain Sangines Folgendes erklären, du hast nicht ganz richtig zugehört: Ich bin nicht gegen Symptombekämpfung. Du hast mir diesbezüglich das Wort im Mund herumgedreht. Ich sage einfach: Allein ist das nicht nachhaltig, mehr Geld allein ist nicht nachhaltig. Selbstverständlich muss jeder Jugendliche, der psychisch angeschlagen oder psychisch krank ist, eine Behandlung in Anspruch nehmen können. Und wir wissen auch, dass diese Behandlungen sehr, sehr erfolgreich sind, dass der allergrösste Teil wieder gesund wird, was ja sehr erfreulich ist.

Zur Fussball-Mitgliedschaft: Also eine Fussball-Mitgliedschaft kostet nicht alle Welt für Schüler. Und für Familien, die sich das nicht leisten können, jetzt einfach im Bezirk Dielsdorf, ich bin Präsident des Jugendhilfevereins: Im Bezirk Dielsdorf kann man ein Gesuch stellen. Wir haben noch jedes Gesuch bezahlt. Und zum Elternurlaub: Es braucht nicht mehr Elternurlaub. Denn wenn deine Gleichung stimmen würde, dann hätten wir ja früher, als viel weniger Ferien für die Arbeitnehmer zur Verfügung standen, viel mehr psychisch Kranke gehabt als heute. Es ist ja das Umgekehrte der Fall. Noch nie hatte eine Gesellschaft so viele Ferien, so viel Freizeit wie heute, und noch nie hatten wir so viele psychisch

krankte Personen, einerseits Jugendliche, andererseits auch Erwachsene. Und ich selber arbeite nach wie vor in einer 60-Stunden-Woche, und Sie können meine Kinder fragen, ob ich genug Zeit gehabt habe, um mit ihnen zu spielen, ja oder nein. Ich kann Ihnen die Nummern der Kinder geben, Sie dürfen jedes fragen. Mehr Elternurlaub heisst nicht mehr Qualität für die Kinder in der Freizeitverbringung, ganz sicher nicht, sondern es ist eine Frage der Prioritäten und des Engagements. Und dieses Gerät (*gemeint ist das Handy*) macht sicher das Familienleben kaputt und fördert es sicher nicht, das ist auch ein Fakt. Danke vielmals.

Regierungspräsidentin Natalie Rickli: Ich habe Ihnen gut zugehört. Es ist ja üblich oder eigentlich normal, dass wir in der Politik Probleme lösen wollen. Aber eine Kantonsrätin hat gesagt – ich glaube, es war Frau Rösli –, es gehe den Jugendlichen heute sehr schlecht. Auch sonst habe ich nur gehört, dass es allen schlecht gehe, und das stimmt nicht. Die Studien sind unterschiedlich, aber die neueste Befragung zum Beispiel vom Pro Juventute (*Stiftung für Kinderrechte*) sagt: 88 Prozent der Jugendlichen fühlen sich psychisch wohl. Und das dürfen wir nicht vergessen. Die Initianten sind hier (*auf der Tribüne*), wie ich sehe, aber wenn jetzt noch mehr Jugendliche auf der Tribüne gesessen wären, hätten diese heute nachher wahrscheinlich ein Problem, weil sie nur gehört haben, dass alles schlecht ist und es Ihnen allen schlecht geht und ihnen zu wenig Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Darum möchte ich schon auch sagen: Vieles, was wir machen, nützt bereits. Und es stimmt einfach nicht, dass es allen schlecht geht. Ich empfehle Ihnen, falls Sie es noch nicht gelesen haben, heute auch den NZZ-Artikel «Tiktok und der Tod», auf Seiten 10 und 11, wie ich sehe. Ich fand ihn wahnsinnig interessant, ich bin selber ja nicht auf Tiktok und bin auch nicht die Zielgruppe. Aber da wird sehr gut beschrieben, was mit einem 14-jährigen fiktiven Mädchen passiert. Man liest nur noch von Suizid und von Problemen. Heute gibt es Challenges, wie du dich umbringen kannst, und du wirst nur noch mit Problemen berieselt. Diese Lektüre empfehle ich Ihnen sehr.

Aber nun kommen wir zu den Jungen, die eben Probleme haben, und für diese lösen wir heute auch Probleme, da sind wir uns ja alle einig. Ja, die psychischen Belastungen bei diesen Kindern und Jugendlichen nehmen seit einigen Jahren zu. Die Gründe sind vielfältig: globale Krisen, Kriege, soziale Medien oder halt auch fehlende familiäre Unterstützung. Die Leistungen werden mehr in Anspruch genommen bei einem steigenden Bevölkerungswachstum, bei gleichzeitig schwindenden Fachkräften. Und die Generation, die nachkommt, hat heute andere Vorstellungen von der Arbeit, das haben wir schon ein paarmal besprochen. Der Regierungsrat hat in den vergangenen Jahren verschiedene Massnahmen zur Förderung der Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie getroffen. Ich möchte Ihnen auch vielmals danken, Sie haben diese wohlwollend wertgeschätzt. Ein Beispiel ist das Kriseninterventionszentrum Life der PUK, mit dem stationäre und tagesklinische Plätze geschaffen wurden, oder in Winterthur die Eröffnung einer Tagesklinik in der IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*). Kürzlich haben wir die Kinder- und Jugendpsychiatrie Oetwil am See

eröffnet. Somit haben wir ein ausreichendes stationäres Angebot im Kanton, ich würde sagen, als einziger Kanton in der Schweiz.

Mit dem Anliegen, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen weiter zu stärken, wurde diese Volksinitiative eingereicht. Der Regierungsrat hat zur Umsetzung der Volksinitiative ein umfassendes und ausgewogenes Massnahmenpaket erarbeitet. Mir wurde jetzt heute ein bisschen zu wenig über diese Massnahmen und ein bisschen zu viel über die zusätzliche Massnahme gesprochen. Aber wir haben vor allem in Prävention und Früherkennung sowie kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung Massnahmenpakete vorgeschlagen, zum Beispiel niederschwellige Gruppenangebote und Angebote zur Abklärung spezieller Diagnosen, wie zum Beispiel ADHS (*Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörung*) an psychiatrischen Spitalambulatorien. Neu haben wir im Kanton Zürich – auch als erster Kanton, glaube ich – die Funktion der Kantonspsychiaterin geschaffen, zu deren Aufgaben die Sicherstellung und Koordination der psychiatrischen Versorgung im Kanton gehört. Mit der Schaffung dieser Funktion tragen wir auch der Tatsache Rechnung, dass der Fachbereich Psychiatrie über die vergangenen Jahre stark an Bedeutung gewonnen hat. Die meisten von Ihnen kennen Dr. med. Nadja Weir, die auch auf der Tribüne sitzt und Ihnen interessiert zugehört hat. Ja, Kantonsrat Walder, es ist ja immer schwierig, einen Einzelfall beurteilen zu können, aber wenn Sie wieder einmal so ein Beispiel haben, melden Sie den doch der Kantonspsychiaterin, damit sie eine Beurteilung vornehmen kann. Aber eben, es ist immer schwierig, das zu beurteilen.

Nun beantragt die KSSG, den Objektkredit um 5 Millionen Franken zu erhöhen, was nahezu einer Verdoppelung der finanziellen Mittel entspricht. Das ursprüngliche Ziel, ein wirksames und zweckmässiges Paket zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung der Kinder und Jugendlichen zu schnüren, geht meiner Meinung nach ein bisschen aus den Augen verloren. Die beantragte Massnahme zielt darauf ab, eine spezifische Berufsgruppe zusätzlich zu fördern. Die von der KSSG genannten hehren Ziele, die Reduktion des Fachkräftemangels, die Sicherung der Grundversorgung und die Verkürzung der Wartezeit für Therapien, können durch die zusätzliche Massnahme nicht erreicht werden. Das sage ich auch, um die Erwartungen entsprechend zu dämpfen.

Bereits heute erhalten die Spitäler ausreichend, genügend Bewerbungen für ausgeschriebene Weiterbildungsstellen von Psychologinnen und Psychologen. Eine Subventionierung dieser Plätze wird also an der Anzahl Psychologinnen und Psychologen in Weiterbildung nichts ändern. Die Spitäler können die Anzahl der Stellen und Weiterbildungsplätze für Kinder- und Jugendpsychologen nicht so einfach erhöhen, weil ja die Fachkräfte fehlen, um diese auszubilden. Die vorgeschlagene Massnahme wird daher kaum oder nur in begrenztem Umfang zu einer Erhöhung der Weiterbildungsstellen oder einer Verbesserung der Angebote führen. Ich sage das auch vor dem Hintergrund: Sie haben gesagt, wir sollen jetzt für vier Jahre diese 5 Millionen bezahlen. Aber das Problem ist, dass die Weiterbildung zur Kinder- und Jugendtherapeutin mindestens fünf Jahre dauert. Wie sollen wir da nach vier Jahren Aussagen darüber treffen, ob diese Massnahme wirkt oder nicht?

Die geforderte Finanzierung der Weiterbildung von Psychologinnen und Psychologen ist auch für die Gesundheitsdirektion mit einem grossen Aufwand, mit einem administrativen Aufwand verbunden, wie auch für die Spitäler, bei, wie gesagt, fraglichem Nutzen. Aber – und das ist mir wichtig zu betonen – die Leistungen der Psychologinnen und Psychologen sind von grösster Bedeutung. Es muss uns aber bewusst sein, dass die Gelder für die Weiterbildung eben an die Kliniken bezahlt werden und nicht an die einzelnen Therapeuten. Wir hatten schon erste Anrufe von Psychologen, wann sie jetzt diese Steuergelder erhalten werden, und wir mussten ihnen sagen, dass sie nichts direkt kriegen werden. Das ist das Problem oder die Erwartung, die mit dieser Massnahme geschaffen wird. Ich befürchte, dass die Gewährung dieser Weiterbildungsbeiträge auch noch weitere Berufsgruppen dazu animieren wird, Vorstösse im Kantonsrat einzureichen und Steuergelder zu erwirken. Und als Gesundheitsdirektorin auch immer mit Blick auf die Diskussion über die Gesundheitskosten, die wir hierzulande haben, muss ich Ihnen sagen, dass keine andere Branche in der Aus- und Weiterbildung so mit Steuergeldern unterstützt wird wie der Gesundheitsbereich. Und alle, die ausgebildet und weitergebildet werden, rechnen ja letztlich dann über die obligatorische Krankenversicherung ab. Aber es ist mir klar, heute gibt es eine Mehrheit für diese Forderung, dann werden wir diese entsprechend umsetzen, immer mit der Betonung, dass das Geld – das haben wir auch in der KSSG gesagt – an die Kliniken geht und nicht an die einzelnen Therapeuten.

Abschliessend möchte ich den Initiantinnen und Initianten für die wertvolle Initiative danken. Sie sehen, Sie haben sehr viel erreicht. Es wurde noch nie eine Volksinitiative vom Regierungsrat angenommen und dem Kantonsrat zur Annahme empfohlen. Ich habe mich sehr über die einstimmige Unterstützung gefreut. Es gibt uns die Möglichkeit, noch Weiteres zu tun für die Kinder, vor allem diejenigen, denen es eben nicht so gut geht. Abschliessend möchte ich auch der KSSG für die engagierte Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema und die Zusammenarbeit danken und nicht zuletzt allen Fachpersonen, die sich tagtäglich für unsere Kinder und Jugendlichen einsetzen. Vielen Dank.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Minderheitsantrag Lorenz Habicher, Reto Agosti, Linda Camenisch, Corinne Hoss-Blatter (i.V. Jörg Kündig), Tobias Infortuna (i.V. Hans Egli), Susanna Lisibach, Tobias Weidmann (i.V. Daniela Rinderknecht):

I. Für die Umsetzung der kantonalen Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend (Gesunde Jugend Jetzt!) wird ein Objektkredit von Fr. 5 670 000 für die

Jahre 2026 bis 2029 bewilligt. Davon gehen Fr. 750 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 6200, Prävention und Gesundheitsförderung, Fr. 80 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7200, Volksschulen, Fr. 40 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7301, Mittelschulen, Fr. 40 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, Fr. 80 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7501, Kinder- und Jugendhilfe, und Fr. 4 680 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 6400, Psychiatrische Versorgung.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Eine Mehrheit der KSSG folgt also jetzt dem Antrag der SP und fordert zusätzlich 5 Millionen Franken zur Finanzierung der Ausbildung von Psychologinnen und Psychologen analog zu den Ärzten. Psychologen sind in der Weiterbildung nicht im Konkordat wie die Ärzte, und der Kanton würde nichts Spezifisches von diesem Pilotprojekt erhalten. Wenn sich Ärzte aus anderen Kantonen im Kanton Zürich ausbilden lassen, beteiligen sich diese Kantone an den Kosten. Das wäre hier nicht der Fall, bei den Psychologinnen und Psychologen ist dies nicht der Fall. Das ist also ein Sonderzug, ein Zürcher Finish, den Sie hier fahren, dessen müssen Sie sich bewusst sein.

Die SVP bezweifelt auch die Wirksamkeit dieser zusätzlichen Ausgabe und glaubt nicht, dass die vorgeschlagene Evaluation, die Begleitforschung, die damit betrieben wird, für die Weiterbildung der Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen entsprechende Wirkung erzielt. Sie haben es von Regierungspräsidentin Natalie Rickli gehört, die geschilderten Massnahmen sind sach- und fristgerecht nicht umzusetzen. Und die Gesundheitsdirektion macht eigentlich schon das Mögliche mit diesen 5,67 Millionen Franken, die wir sprechen wollen. Also wir wollen es fördern, wir wollen diese 5,67 Millionen Franken sprechen, aber wir werden dezidiert die 10 Millionen Franken ablehnen. Also die zusätzlichen 5 Millionen, die Sie sprechen wollen, lehnen wir klar ab. Somit werden wir, sollte dieser Mehrheitsantrag durchstossen, die Lösung der Ausgabenbremse nicht unterstützen. Wir werden Sie also mit Ihrem Antrag im Regen stehenlassen. Es ist klar, die zusätzlichen 5 Millionen Franken können sicher effizienter im Gesundheitswesen eingesetzt oder zur Entlastung des Budgets des Kantons Zürich verwendet werden. Also unterstützen Sie den Minderheitsantrag und lehnen Sie den Mehrheitsantrag ab. Und um es in Worte von Frau Rösli zu fassen: Auch Sie können Ihre Meinung ändern und den Minderheitsantrag unterstützen. Es ist die bessere Variante, als wenn Sie sich hier für eine Lösung einspannen lassen, die keine Wirkung erzielt. Und in fünf Jahren werden Sie sich die Augen reiben, für was Sie hier Gelder gesprochen haben. Ich bitte Sie, unterstützen Sie die Minderheit.

Reto Agosti (FDP, Küssnacht): Ich schliesse mich den Worten von Lorenz Habicher vollumfänglich an. Auch seitens der FDP sehen wir keinen zusätzlichen Nutzen in der – wie soll ich sagen – pauschalen Zusatzausbildung von Psychologinnen und Psychologen. Der Antrag der Regierung vom Oktober ist sehr ausgewogen und damit ist eigentlich genügend Material vorhanden, um dies umzusetzen. Wir werden ebenfalls die Kostenbremse nicht ausschalten.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Mir ist nur ganz wichtig, noch einmal zu betonen, weil das jetzt so dargestellt wird, wie wenn das Geld nicht am richtigen Ort oder nicht bei den Leuten ankommen werde: Natürlich geht das Geld an die Kliniken. Aber die zu Kinder- und Jugendtherapeutinnen auszubildenden Psychologinnen müssen Module besuchen, die bis zu 25'000 Franken kosten. Sie müssen hunderte Stunden Einzelvision, Supervision, Einzeltherapie, Kleingruppentherapien absolvieren, und die Kosten jeder Stunde müssen sie selber tragen. Das heisst, die Klinik könnte sagen, «okay, du kannst das bei uns tun, wir werden dir die Kosten für die Gebühren, für die Module zurückerstatten». Das haben wir gefragt, die Regierungspräsidentin hat in der Kommissionsberatung bestätigt, dass das möglich ist. Es ist auch möglich, dass die Einzel- und Supervisionen oder die einzelnen Supervisionen in den Kliniken inhouse angeboten werden, da müssen sie nicht diese 180 Franken pro Stunde für 50 Stunden, zum Beispiel Einzelsupervision, selber bezahlen, sondern es wird angeboten. Oder wenn sie es extern besuchen, können diese Kosten zurückerstattet werden. Das Geld geht schon an die Kliniken, aber es kommt dann unten bei den Leuten an, die diese Weiterbildung machen; nicht, dass ihnen das Geld ausbezahlt wird und sie damit machen können, was sie wollen, sondern die Auslagen werden zurückerstattet. Das haben wir gefragt, das wurde explizit bestätigt. Das heisst, wir haben ganz konkret gesagt: Wir wollen keine Vorgaben machen «ihr müsst es genau so machen». Bei jeder Klinik muss man schauen, wie man das Ziel erreichen kann. Und deshalb wird das Geld sehr wohl am richtigen Ort ankommen. Wir glauben daran, dass es die Weiterbildungen erhöhen wird.

Und zum Schluss noch zu Lorenz Habicher, wenn du sagst «wir werden Sie im Regen stehen lassen und Nein stimmen»: Sie lassen nicht wirklich uns im Regen stehen, sondern Sie lassen die Jugendlichen im Regen stehen, für die die Massnahmen gesprochen werden. Und Sie lassen auch die Regierungspräsidentin im Regen stehen für all diese Massnahmen, die sie mit den eigenen 5,6 Millionen aufgelegt hat, indem Sie dann einfach stur sagen «Aha, wenn jetzt noch dieses Geld dazukommt, lassen wir euch alle im Regen stehen», denn dann kommt gar nichts davon durch, weder unser Antrag noch der eurer Regierungspräsidentin mit all diesen Massnahmen, die ihr vorher so gelobt hat. Also überlegt es euch, wen ihr im Regen stehenlasst.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Lorenz Habicher gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Ratspräsident Jürg Sulser: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse

Für Ziffer I der Vorlage 5920b stimmen 98 Ratsmitglieder. Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

II.–IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.